

Helmut Schmidt

Die Mächte der Zukunft



Helmut Schmidt

# Die Mächte der Zukunft

Gewinner und Verlierer  
in der Welt von morgen

Siedler

© 2004 by Siedler Verlag, München  
einem Unternehmen der Verlagsgruppe  
Random House GmbH

Alle Rechte vorbehalten,  
auch das der photomechanischen Wiedergabe.

Schutzumschlag: Rothfos + Gabler, Hamburg  
Lektorat: Thomas Karlauf, Berlin  
Satz: Ditta Ahmadi, Berlin  
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck  
Printed in Germany 2004  
ISBN 3-88680-817-3  
Erste Auflage

# Inhalt

Vorrede	7
I	
WAS WIR VON DER ZUKUNFT WISSEN KÖNNEN – UND WAS NICHT	9
Ein düsteres Szenario	11
Unterschiedliche Perspektiven	21
Globale Gefährdungen	26
<i>Die Bevölkerungsexplosion und ihre Folgen</i>	30
<i>Die Folgen der technologischen und ökonomischen Globalisierung</i>	38
<i>Die Anfälligkeit der internationalen Finanzmärkte</i>	43
<i>Zu viele Waffen in zu vielen Händen</i>	49
II	
IMPERIUM AMERICANUM?	55
Die Wurzeln des amerikanischen Imperialismus	67
Amerikas Stärken und Schwächen	78
Globale Dominanz des amerikanischen Kapitalismus	91
Amerikas strategische Optionen	100
Führung durch Amerika?	123

III	
DIE ENTWICKLUNG DER ANDEREN GROSSEN MÄCHTE	133
China und der Ferne Osten	138
Der indische Subkontinent	156
Der Islam, der Mittlere Osten und das Öl	162
Rußland – Weltmacht in der Schwebe	174
Ohnmächtig am Rand der Welt	189
Europas schwierige Selbstbehauptung	200
SCHLUSSBETRACHTUNG	
Aus der Sicht eines deutschen Europäers	225

## Vorrede

Viele Ereignisse draußen in der Welt sind für uns nur schwer zu bewerten. Was bedeuten sie? Welche Folgen können sie bewirken? Werden die Folgen auch uns betreffen?

Die hier folgenden Ausführungen sind ein Versuch, einen skizzenhaften Überblick zu geben über die Faktoren, welche in den nächsten beiden Jahrzehnten den Fortgang der Weltgeschichte beeinflussen werden. Historiker, Ökonomen, Politologen und Wissenschaftler anderer Disziplinen könnten zwar ein viel genaueres und vollständigeres Panorama entwerfen. Sie würden dafür aber ein dickes Buch schreiben müssen. Und wären doch mit ihren Prognosen in derselben Situation wie ich, denn Prognosen können eintreffen oder auch nicht.

Mein Szenario muß zwangsläufig vereinfachen. Es begnügt sich damit, dem politisch interessierten Leser die heute wichtigen Zusammenhänge aus europäischer Sicht zu beschreiben und ihm die wesentlichen Interessen und Tendenzen in der Welt von morgen zu skizzieren. Es geht um Spielräume und Alternativen für künftige Entscheidungen, aber auch um mögliche Konflikte. Die Vereinigten Staaten von Amerika bilden dabei unvermeidlich einen Schwerpunkt.

Dabei stütze ich mich dankbar auf einen sich über viele Jahre erstreckenden Gedankenaustausch mit Freunden und Kollegen in vielen Ländern, auch im eigenen Land. Besonderen Dank für Anregungen, Kritik und Hilfen schulde ich Stefan Collignon, Thomas Karlauf, Birgit Krüger-Penski, Rosemarie Niemeier, Armin Rolfink, Susanne Schmidt, Peter Schulz, Theo Sommer, Fritz Stern und Walther Stützele.

Zwar fließt einiges an politischer Lebenserfahrung in diese Skizze ein. Gleichwohl reicht mein Blickfeld kaum über die beiden nächsten Jahrzehnte hinaus. Schon morgen oder übermorgen kann die Welt ganz anders aussehen.

*Helmut Schmidt*

Hamburg, im Juli 2004



I

WAS WIR VON DER  
ZUKUNFT WISSEN KÖNNEN –  
UND WAS NICHT



## Ein düsteres Szenario

»Das blutigste aller Jahrhunderte haben wir hinter uns. Der Untergang des Abendlandes hat nicht stattgefunden. Im Gegenteil: Die europäischen Diktaturen sind an ihr Ende gekommen. Die Grundrechte des Menschen gewinnen an Geltung. Der Wille zur Demokratie breitet sich aus. Und seit fünfzig Jahren wächst langsam die Europäische Union heran.«

So schrieb ich vor vier Jahren im Vorwort zu meinem Buch *Die Selbstbehauptung Europas*. Am Ende wagte ich einige Prognosen; eine davon betraf die muslimische Welt: »Gute Nachbarschaft mit dem Islam wird im Laufe des neuen Jahrhunderts zu einer der Bedingungen für die Selbstbehauptung Europas werden. Es könnte sogar dahin kommen, daß der Frieden ... davon abhängt.«

Das Vorwort war auf den 1. September 2000 datiert. Wurde ich durch die furchtbaren Ereignisse ein Jahr später bestätigt? Oder hatte ich mich getäuscht? War ich zu optimistisch gewesen? Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 und der amerikanischen Reaktion bekam meine Voraussage jedenfalls eine neue Dimension.

Kein Ereignis der letzten Jahre hat unser Bild von

der Welt in so dramatischer Weise verändert. Ein von den meisten westlichen Regierungen bis dahin weitgehend vernachlässigtes Thema rückte plötzlich in den Mittelpunkt des aktuellen Weltgeschehens. Wer es heute unternimmt, die Tendenzen, die gegenwärtig in der Welt sichtbar sind, in die nähere Zukunft weiterzuführen, muß wohl mit der Möglichkeit eines *clash of civilizations* rechnen. Ein die Welt erschütternder Zusammenprall zwischen dem Islam und dem Westen ist tatsächlich denkbar geworden. Die katholische Reconquista auf der Iberischen Halbinsel und die Niederlagen des Osmanischen Reiches vor den Toren von Wien hatten den auf Europa gerichteten Vormarsch des Islam für Jahrhunderte beendet. Heute leben viele Millionen muslimischer Gläubiger in Europa; der Islam reicht von Rußland über Zentralasien bis nach Indonesien, von Pakistan über den Mittleren Osten bis nach Schwarzafrika. Ein Fünftel der heutigen Weltbevölkerung sind Muslime. Fast ein Drittel aller Staaten der Welt ist muslimisch geprägt. Nur wenige, nämlich einige kleine Ölstaaten, sind wohlhabend; die große Mehrzahl der Muslime lebt in Armut.

Unter den Staaten mit muslimisch geprägter Bevölkerung erfreuen sich Iran, Ägypten und die Türkei einer geschichtlich gewachsenen Legitimität. Die meisten muslimischen Staaten waren jedoch bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges Kolonien oder Protektorate der europäischen Kolonialmächte; deren Willkür verdanken sie ihre heutigen Grenzen. In vielen Fällen wurden verschiedene Völker und Stämme, verschiedene Sprachen und Religionen in ein und dieselbe Kolonie zusammengezwungen. Derart heterogene Gebilde wa-

ren für die imperialen Mächte nur mit militärischen Mitteln beherrschbar. Daran änderte sich auch nichts, als die Kolonien und Protektorate in die staatliche Selbständigkeit entlassen werden mußten. Die massenhafte Armut, zumal in den schnell wachsenden Millionenstädten, erschwert das Regieren zusätzlich. Gewachsene politische Strukturen und politische Eliten sind eine große Ausnahme. Deshalb fehlt es in den meisten muslimischen Staaten auch an einer zielstrebigen ökonomischen Politik und einer zuverlässigen Verwaltung, statt dessen blüht vielfach die Korruption. Es handelt sich ökonomisch und sozial fast ausschließlich um Entwicklungsländer.

In diesen Ländern bieten die gewaltigen Unterschiede zwischen der Masse der Armen und einer in Luxus schwelgenden Oberschicht allein schon einen ergiebigen Nährboden für Kriminalität, Extremismus und Aufstände und für Verbrechen. Wenn dann noch charismatisch begabte religiöse oder politische Führer auftreten, kann es aus allgemeiner Unzufriedenheit schnell zu einer Eskalation von Gewalt und Gegengewalt kommen. Die Beispiele des letzten Jahrzehnts reichen von Ost-Timor bis nach Ostafrika, vom Kaukasus bis nach Bosnien, vom Mittleren Osten über Algerien bis nach Westafrika. In einigen überwiegend von Muslimen bewohnten Ländern und Regionen versuchen religiöse Führer, eine orthodox an Koran und Scharia orientierte Ordnung zu errichten; im Iran ist dieser Prozeß gut zu beobachten. Die Taliban-Herrschaft in Afghanistan war ein abscheuliches Beispiel; anderswo gibt es Versuche, bestimmte Regionen gewaltsam aus dem bisherigen staatlichen Verband zu lösen

und einen souveränen Staat zu begründen, mindestens aber weitgehende Autonomie zu erlangen – so zum Beispiel in Tschetschenien. In einer Reihe von Fällen sind blutige Konflikte die Folge. Verdeckte, manchmal sogar offene Einmischung und Unterstützung durch Dritte sind dabei selbstverständlich. Die technologische Globalisierung hat Einmischungen aller Art sehr erleichtert und auch private Kriegführung in großem Stil möglich gemacht – El Qaida hat es gezeigt.

Politische Einmischungen und militärische Interventionen des Westens in islamische Konflikte sind in den letzten Jahrzehnten zumeist von den USA ausgegangen. Die Motive entsprangen zum Teil missionarischem Idealismus; zum Teil spielte die Besorgnis um die eigene Ölversorgung eine Rolle, zum Teil die Besorgnis um die Sicherheit Israels, das mit den USA auf vielfache Art verbunden ist. Seit dem gegen die USA direkt gerichteten Kolossalverbrechen vom 11. September 2001 spielt die Sorge um die eigene Sicherheit eine beherrschende Rolle im amerikanischen Denken. Gleichzeitig hat das Bewußtsein, die singuläre, alleinige Supermacht zu sein, die von keiner anderen Macht behindert werden kann, imperialistische Motive hervorgebracht. Diese Machtpolitik ist gepaart mit Egoismus und Rücksichtslosigkeit.

Die amerikanische Regierung unter Präsident Clinton war sich über die innere Situation des Vielvölkerstaates Jugoslawien nicht im klaren, als sie in den neunziger Jahren in Bosnien und im Kosovo eingriff, um einen drohenden Völkermord an den Muslimen zu verhindern. Sie intervenierte militärisch und konnte einen Waffenstillstand erzwingen, nicht aber eine Lö-

sung der jahrhundertealten Konflikte zwischen drei Religionen und acht Völkern (dazu noch mindestens vier ethnischen Minderheiten). Der Zusammenbruch des allein durch militärische und polizeiliche Macht zusammengehaltenen Kunststaates Jugoslawien war seit 1980, seit dem Tod des fähigen, zugleich rücksichtslosen Diktators Josip Broz Tito, absehbar gewesen. Die amerikanische Zielvorstellung, den Staat Jugoslawien aufrechtzuerhalten, war dagegen naiv. Im besten Falle wird es auf lange Zeit dabei bleiben, daß der Westen mindestens in Bosnien, im Kosovo und in Mazedonien de facto oder de jure Protektorate errichtet und unterhält. Weil die muslimischen Minderheiten der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien konzentriert in den vorgenannten ehemaligen Landesteilen leben, empfinden sie die westlichen Protektoren als Schutzmacht gegenüber den Serben, nicht als Feinde. Ob es bei dieser Haltung der balkanischen Muslime bleibt, hängt vornehmlich vom weiteren Verhalten der Protektoren ab, außerdem aber von der künftigen Entwicklung des allgemeinen Verhältnisses zwischen dem Westen und dem islamischen Teil der Weltbevölkerung.

Die amerikanischen Interventionen in Afghanistan und im Irak und deren psychologische und politische Folgen standen unter ganz anderen Vorzeichen. Sowohl Afghanistan mit 27 Millionen Menschen als auch der 23 Millionen Einwohner umfassende Irak sind muslimische Staaten. Der Irak besteht zu etwa sechzig Prozent aus Schiiten und zu etwa zwanzig Prozent aus Sunniten. Die Iraker sind zu achtzig Prozent Araber, etwa 15 Prozent sind Kurden, dazu kommen einige

kleinere Minderheiten. Das sunnitische Volk der Kurden umfaßt mindestens zwanzig Millionen Menschen; die größere Hälfte – etwa 13 Millionen – lebt in der Türkei, weitere gut fünf Millionen leben im Iran, weniger als vier Millionen im Irak. Die Einwohner des Irak zerfallen demnach in drei Hauptgruppen: sunnitische Araber, schiitische Araber und sunnitische Kurden. Der Ausgang des amerikanischen Experimentes, in dem heterogenen Irak eine Demokratie zu errichten, ist nicht absehbar. Man kann keineswegs ausschließen, daß das Land noch lange ein Herd der Unruhe bleibt. Ein Gleiches gilt für Afghanistan.

Nach dem Ersten Weltkrieg, als die Siegermächte das Osmanische Reich aufteilten, war der Irak zunächst ein britisches Mandat, später entstand daraus unter britischer Führung der heutige Staat. Die Siegermächte hatten zwar auch den Kurden einen eigenen Staat versprochen, ihr Versprechen aber nicht gehalten. Die Araber dagegen erhielten die staatliche Selbständigkeit in Saudi-Arabien, Syrien, Jordanien, den Emiraten usw. Die arabische Sprache, vor allem aber die Religion des Islam, erzeugten von Anfang an ein starkes Bewußtsein der Gemeinsamkeit. Zeitweilig spielten auch die Arabische Liga und die OPEC eine politisch wichtige Rolle; dieser ökonomisch mächtigen Organisation Erdöl exportierender Länder gehören fast ausschließlich muslimische Staaten an.

Das Bewußtsein der Gemeinsamkeit wird besonders durch den seit über einem halben Jahrhundert anhaltenden Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern und durch den Streit um die heiligen Stätten in Jerusalem wachgehalten und gestärkt. Immer dann,



wenn der israelisch-palästinensische Konflikt blutig eskaliert, fühlen sich viele Muslime in der ganzen Welt zur Parteinahme und zur Solidarität mit den Palästinensern herausgefordert. Es gibt viele Gruppen, Organisationen, Stämme und auch Regierungen, die mit den Palästinensern sympathisieren. Weil Amerika im Nahost-Konflikt schon vor Jahrzehnten offen die Partei Israels ergriffen hat, ist der Argwohn der Araber gegen die USA eine zwangsläufige Folge; die guten Beziehungen zwischen Washington und den Regierungen in Kairo und Riad ändern daran nichts.

Theoretisch hätten die USA die Macht, die feindlich gesinnten Nachbarn Israels zu besiegen oder gar zu vernichten. Sie haben aber keine ausreichende Macht, alle feindlich gesinnten Nachbarstaaten zu besetzen und zu regieren. Die tatsächlichen Möglichkeiten der proisraelischen Strategie Amerikas liegen deshalb weit unterhalb dieser Schwelle. Falls die USA prinzipiell bei ihrer bisherigen Linie bleiben, kann die generelle Feindseligkeit der islamischen Welt gegenüber Amerika noch wachsen. Der islamistische Extremismus gewinnt allerdings auch unabhängig vom Nahost-Konflikt in wichtigen islamischen Ländern, von Algerien und dem Norden Nigerias bis in den Iran, nach Malaysia und Indonesien, zunehmend an Boden. Je weiter sich das Konfliktpotential geographisch ausdehnt, um so mehr werden die USA hilfswillige Verbündete oder Satellitenstaaten benötigen, um sich erfolgreich durchzusetzen. Ihre eigenen Streitkräfte haben schon auf dem Balkan, in Afghanistan und im Irak nicht ausgereicht. Die USA sind auf verbündete Truppen angewiesen.

Wenn in dieser weltpolitischen Lage und bei einer

weiteren Zuspitzung die europäischen Verbündeten auf ihren vermittelnden, beide Seiten mäßigenden Einfluß verzichten und sich außerdem – weit über ihre im Nordatlantik-Pakt geographisch definierten Beistandspflichten hinaus – militärisch auf seiten Amerikas beteiligen, kann daraus ein weltweiter Konflikt zwischen dem Islam und dem Westen entstehen. Wer diesen Konflikt für unvermeidlich erklärt, der kann ihn herbeiführen. Zwar muß ein solcher *clash of civilizations* keineswegs einen Weltkrieg auslösen. Wohl aber könnte er, psychisch und politisch, bis zu zwei Milliarden Menschen betreffen – und ihre Lebensbedingungen tiefgreifend verändern. Eine Vielzahl kleiner lokaler und regionaler Konflikte würde nicht nur zahlreiche Menschenleben kosten, sondern auch weltweit zu ökonomischen Einschränkungen und einer Zunahme des internationalen Terrorismus führen.

Ich räume ein: Dies ist ein ziemlich pessimistisches Bild unserer Zukunft. Gewiß kann man andere, auch optimistische Szenarios dagegensetzen. Gleichwohl scheinen Skepsis und Vorsicht geboten. Immerhin glaubt die derzeitige Regierung des heute mächtigsten Staates der Welt, der kolossale Anschlag vom 11. September 2001 habe die Welt zu unser aller Nachteil verändert, und deswegen seien die USA zum »Krieg gegen den Terrorismus« verpflichtet. So wie die Veränderungen der Welt sich in amerikanischer Sicht darstellen, führen sie zu Veränderungen der amerikanischen Strategien. Und die neuen Zielsetzungen Amerikas verändern in den nächsten Jahrzehnten die Welt tatsächlich.

Gleichzeitig aber sind, davon weitgehend unberührt, andere tiefgreifende Veränderungen zu erwarten,

vor allem in Asien, im Mittleren Osten und in Afrika. Aus chinesischer Sicht stellt sich die entstehende neue Weltlage anders dar als aus islamischer Perspektive, wieder anders aus europäischem Blickwinkel. Je nach unseren Ängsten, Erwartungen und Hoffnungen leben wir in verschiedenen Welten – aber objektiv gibt es nur eine einzige Welt. Und die des 21. Jahrhunderts wird objektiv verschieden sein von derjenigen des Jahrhunderts der beiden Weltkriege und des Kalten Krieges zwischen West und Ost. Aber wo liegen die entscheidenden Veränderungen? Was sind die unverrückbaren Tatsachen? Was können wir von der Zukunft wissen – und was bleibt ungewiß? Was können wir tun? Was sollen wir tun?

Wer nach Antworten sucht, für den werden zwangsläufig die USA im Vordergrund stehen. Denn die USA bleiben auf absehbare Zukunft der einzige Staat, dessen Macht und Einfluß militärisch, politisch, technologisch und ökonomisch jeden Winkel der Erde erreichen kann. Nach der Einwohnerzahl macht das amerikanische Volk mit bald dreihundert Millionen Menschen nicht einmal ein Zwanzigstel der über sechs Milliarden umfassenden Weltbevölkerung aus, China dagegen ein Fünftel, Indien ein Sechstel. Die islamischen Staaten und die Muslime insgesamt stellen ein weiteres Fünftel. Gegenüber diesen Größenordnungen sind die europäischen Staaten – mit der Ausnahme Rußlands – zahlenmäßig von sehr geringem Gewicht.

Unabhängig von ihrer Größe gehen von einigen der insgesamt fast zweihundert Staaten der Welt erhebliche Einflüsse auf Weltpolitik und Weltwirtschaft aus, so zum Beispiel von der relativ kleinen Weltmacht

Rußland oder vom noch etwas kleineren Japan – oder von dem nur sieben Millionen umfassenden Israel. Einige dieser Einflüsse auf die Staatengemeinschaft sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts vorhersehbar, andere bleiben einstweilen ungewiß.

## Unterschiedliche Perspektiven

Im Jahre 1900 haben viele Menschen mit Optimismus auf das neue Jahrhundert geblickt. Zu ihnen zählten die große Mehrheit der Amerikaner und die meisten Europäer – einschließlich der Arbeiterbewegung und der Sozialisten. Aber wer hätte die beiden Weltkriege vorhergesehen, Aufstieg und Fall des sowjetischen Imperiums oder die Auflösung der Kolonialreiche? Wer hätte erwartet, daß die Zahl der gleichzeitig lebenden Menschen sich im Laufe dieses neuen Jahrhunderts vervierfachen würde? Wer hätte das nahezu gleichzeitige Ende des Osmanischen Reiches und des Kaisertums in China, Rußland, Deutschland und Österreich vorausgesehen?

Ein Europäer, der heute auf das bevorstehende 21. Jahrhundert blickt, kann wenigstens einige der kommenden Prozesse erkennen. Aber auch wer das erste Viertel des 21. Jahrhunderts einigermaßen überschaut, ist vor Überraschungen keineswegs sicher. Insgesamt sind die Erwartungen der meisten Europäer heute von etwas weniger Optimismus und von etwas mehr Skepsis geprägt als vor einhundert Jahren; die Mehrheit der Amerikaner hingegen ist immer noch sehr optimistisch. Meist bestimmen Ängste oder Hoff-

nungen die Prognosen, rationale Zukunftserwartungen sind die Ausnahme. Gleichwohl ist die heutige Ausgangslage in einigen Punkten ziemlich deutlich.

In *Afrika* unterscheidet sich die Situation prinzipiell kaum von den Zuständen, die dort schon vor einem Vierteljahrhundert zu beobachten waren. Alle Staaten Afrikas sind Entwicklungsländer. In großen Teilen Schwarzafrikas haben die ökonomischen und sozialen Nöte aber geradezu zerstörerischen Charakter. In einigen Regionen und Staaten kommt es infolgedessen immer wieder zu Bürgerkriegen; sie sind zum Teil durch Stammesfeindschaften oder ethnische Gegensätze, zum Teil durch religiöse Gegensätze zusätzlich motiviert. Somalia, Sudan, Ruanda, Kongo oder Liberia sind jüngste Beispiele. Der Arabisch sprechende Norden des Kontinents steht etwas besser da; aber die Probleme der Übervölkerung betreffen auch Ägypten und die Städte Algeriens. Insgesamt erscheint Afrika als ein von großen Sorgen geplagter Erdteil. Gefahren, die weltpolitische Konsequenzen nach sich ziehen könnten, scheinen von dort jedoch nicht auszugehen.

In *Lateinamerika* sieht es zwar besser, aber doch ähnlich aus. In vielen Regionen und Städten herrschen Armut und Hunger. Weil die Einwohnerzahlen überall schnell wachsen, wächst auch die Zahl der Armen. In vielen Staaten führen wirtschaftliche, soziale und Verschuldungsprobleme von Zeit zu Zeit zu politischer Unruhe und zu Umstürzen. Die Probleme Lateinamerikas werden allerdings ebensowenig wie die Probleme Afrikas Auswirkungen auf andere Teile der Welt haben.

*Asien* bietet ein höchst uneinheitliches Bild. Japan, Südkorea, Taiwan, Singapur und Israel haben ein ho-



HELMUT  
SCHMIDT  
**DIE MÄCHTE  
DER ZUKUNFT**  
Gewinner und Verlierer in  
der Welt von morgen

Helmut Schmidt

**Die Mächte der Zukunft**

Gewinner und Verlierer in der Welt von morgen

ORIGINALAUSGABE

Gebundenes Buch, Leinen mit Schutzumschlag, 240 Seiten,  
13,5 x 21,5 cm

ISBN: 978-3-88680-817-5

Siedler

Erscheinungstermin: September 2004

Die Konflikte der Zukunft haben uns eingeholt: am 11. September 2001 in New York, zweieinhalb Jahre später in Madrid, immer wieder auf dem Balkan, fast täglich im Nahen Osten. Die Angst vor unüberlegten und unkalkulierbaren Aktionen der Bush-Regierung ist unter den Europäern inzwischen fast ebenso groß wie die Angst vor Anschlägen islamischer Terroristen. Die Welt hat sich in den letzten paar Jahren dramatisch verändert. Wie konnte es dazu kommen? Und was müssen wir tun, um unser politisches und ökonomisches Überleben auch im 21. Jahrhundert zu sichern?

Ein Blick auf die Mächte, welche die Geschichte des 21. Jahrhunderts bestimmen werden, lässt nichts Gutes ahnen. Europa ist gegenwärtig nicht in der Lage, seine Interessen zu bündeln und mit starker Stimme zu vertreten; die EU-Osterweiterung wird die ohnehin ungefestigten Strukturen der EU weiter aufweichen. Die USA, in denen sich Weltmachtgelüste und Sendungsbewusstsein auf unheilvolle Weise verknüpfen, sind dabei, ihre Macht zu überdehnen.

Russland bleibt zwar schon auf Grund seines nuklearen Potenzials und seiner immensen Bodenschätze eine Weltmacht, ist aber wohl noch lange vor allem mit sich selbst beschäftigt. Einzig China prosperiert, und auf Peking richten sich denn auch viele, vorerst allerdings rein ökonomische Hoffnungen.

Helmut Schmidt eröffnet sein Buch mit einem Worst-case-Szenario: Nuklearwaffen im Besitz von Schwellenländern, Anschläge großen Stils in unseren Metropolen, wachsender Bevölkerungsdruck in der südlichen Hemisphäre, ein weiteres Auseinanderklaffen der Schere zwischen Wohlstand und Armut – das sind die Probleme, auf die unsere Politik eine Antwort geben muss. Die entscheidende Frage aber lautet: Was wird aus den USA? Manche halten den Irak-Krieg inzwischen für den Anfang vom Ende der uneingeschränkten amerikanischen Vorherrschaft. Aber wäre ein Rückzug der Hegemonialmacht von den Brandherden der Welt wirklich wünschenswert? Was können und was sollen die Europäer tun, um die Entwicklung zu beeinflussen?

Schließlich weist Helmut Schmidt auf die Möglichkeiten hin, die sich Deutschland im 21. Jahrhundert eröffnen.